

17.6.09 - Naziaufmarsch in Halle verhindern

Seite -2-

Aus der Stadtrats-sitzung vom 27.05.2009

Seite -4-

Für ein gerechtes und soziales Europa

Seite -5-

Linkes Blatt

DIE LINKE.

11. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

09. Juni 2009

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Als die Wahllokale am Sonntag um 18:00 Uhr die Türen schlossen, stand es fest: auch bei dieser Kommunal- und Europawahl war die Wahlbeteiligung in Halle mit ca 37 % wieder sehr gering. Politik, die Sachzwang zur Maxime ihres Handelns erhebt, verliert eben nicht nur Gestaltungskraft, sondern auch den Rückhalt in der Bevölkerung.

DIE LINKE war angetreten, dieser Politik deutliche Alternativen entgegenzusetzen. Konsequenz sozial, das war unser Programm, mit welchem wir die Wählerinnen und Wähler angesprochen haben.

Diese Botschaft kam an.

Das zum Redaktionsschluss (23:45 Uhr) vorliegende vorläufige Endergebnis der Europawahl brachte für DIE LINKE 7,5 % der Wählerstimmen. 7 Abgeordnete werden im Europaparlament linke Politik vertreten. In Halle erreichten wir bei der Europawahl 26,04 %.

Nach dem jetzigen Auszählungsstand wird DIE LINKE. Halle bei 24,5 % zukünftig mit 14 Stadträten im neuen Stadtrat vertreten sein. Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch, Allen, die den Einzug in den Stadtrat nicht geschafft haben, ein herzliches Dankschön für die in den vergangenen Wochen geleistete Arbeit. Eine genaue Zusammenstellung der Wahlergebnisse sowie die Vorstellung der neuen Fraktion erfolgt in der nächsten Ausgabe des Linken Blattes.

Danke sagen möchte ich auch allen Mitgliedern und Freunden unserer Partei, die aktiv im Wahlkampf mitgewirkt haben. Ohne diesen Einsatz wäre Wahlkampf nicht denkbar.

Es uns gelungen, auch mit der nicht immer einfachen Arbeit im Stadtrat, die Hallenserinnen und Hallenser zu überzeugen, dass eine starke linke Kraft für die Kommunalpolitik wichtig ist.

An eines möchte ich dennoch erinnern, die jüngste infratest-Umfrage sagte zwar ein stabiles Ergebnis voraus, sie stellte aber auch fest, dass nur 6% der Befragten unserer Partei politische Lösungskompetenz zusprachen, also einschließlich der 25%, die angaben, uns wählen zu wollen. Hier liegt das Arbeitsfeld der Zukunft, wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass DIE LINKE nicht nur die Probleme beim Namen nennt, sondern auch an Konzepten zu ihrer Lösung arbeitet.

Erschreckend ist das Abschneiden der rechtsextremen NPD, die 2,1 % erzielte und mit 1 Person im Stadtrat sitzt. Kein gutes Zeichen für unsere Stadt und eine Herausforderung für all diejenigen, denen an unserem demokratischen Gemeinwesen etwas liegt.

Am 27. September sind Bundestagswahlen, für sie gilt es nun, die Kräfte zu sammeln und die Hallenserinnen und Hallenser zu mobilisieren.

Unsere Fraktion steht in den kommenden 5 Jahren vor der Herausforderung, linke Politik in Halle zu gestalten, denn nach der Wahl ist immer auch vor der nächsten Wahl.

Swen Knöchel

Aufruf zur Demonstration

gegen rechtsextremen Geschichtsmisbrauch!

Mittwoch, 17. Juni 2009 ab 20.30 Uhr ab Marktplatz,
Steintor, Com-Center und Franckeplatz zur Kundgebung
auf dem Riebeckplatz

Der Aufstand am 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis, welches den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Herbst 1990 maßgeblich mitbestimmt hat. Seit 1990 ist er ein Gedenktag für die Opfer des Aufstandes in der damaligen DDR und die Umstände, unter denen sie ums Leben kamen.

Seit einigen Jahren versuchen rechtsextreme Kräfte, insbesondere die NPD, den 17. Juni bundesweit als Feiertag „gegen den roten Terror“ zu instrumentalisieren und zu missbrauchen. Für die Stadt Halle haben rechtsextreme Kräfte eine Demonstration – beginnend am Hauptbahnhof – angekündigt. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender demokratiefeindlicher Aktivitäten gilt es besonders wachsam zu sein gegenüber allen nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien und Gewalttaten.

Darum erklären wir, dass Aufmärsche von Neonazis – wie der für den 17. Juni 2009 geplante – in unserer Stadt unerwünscht sind. Wir Hallenserinnen und Hallenser gehen an diesem Tag auf unsere Plätze und Straßen und zeigen, dass eine starke Demokratie der Grundpfeiler unseres Zusammenlebens ist – entschlossen, gewaltfrei und phantasievoll.

Halle für Demokratie und Weltoffenheit!

- ab 16.00 Uhr: Infostände am Marktplatz, Franckeplatz und Gedenkstätte Roter Ochse
- ab 18.00 Uhr: Infostände am Com-Center/Philipp-Müller-Straße, Riebeckplatz und Steintor
- ab 16.30 Uhr: Gedenkveranstaltungen zum 17.6.1953 der Stadt Halle auf dem Hallmarkt
- ab 20.30 Uhr: Demonstrationen ab Marktplatz, Franckeplatz, Com-Center und Steintor zur Kundgebung auf dem Riebeckplatz von 21.00 - 24.00 Uhr

Erstunterstützer:

Initiative Zivilcourage Halle, Friedenskreis Halle e.V., Reformhaus Halle e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt/Süd, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale), Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Hans Böckler Stiftung / StipendiatInnengruppe Halle, Miteinander-Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Jusos Halle, Endstation Rechts Sachsen-Anhalt, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Präventionsrat der Stadt Halle, Fanprojekt der Stadt Halle (Saale), Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Bündnis Migrantenorganisationen Halle (Saale), Jüdische Gemeinde Halle K.d.ö.R., Theater, Oper und Orchester GmbH - Thalia Theater Halle, Katholische Kirche im Dekanat Halle, Vorstand des Städtischen Seniorseniorates, IG Metall Halle, djo-Deutsche Jugend in Europa Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Dietmar Wehrich Mitglied des Stadtrats von Halle (Saale), SPD Stadtratsfraktion Halle (Saale), PIA - Pflaster-Info-Agentur, Grüne Hochschulgruppe der Martin-Luther-Universität, Regionalgruppe von attac in Halle, Studierendenrat (StuRa) der Martin-Luther-Universität, Freunde Baschkortostans e.V., Jugendwerkstatt Bauhof Halle in den Franckeschen Stiftungen gGmbH, Shorai-Do Kempo e.V., Kinder- und Jugendhaus e.V., Evangelische Studierendengemeinde Halle (ESG), Evangelischer Kirchenkreis Halle -Saalkreis, Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalkreis e.V., solidaridad e.V., Hochschulgruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung, DIE LINKE Halle, alternatives Vorlesungsverzeichnis, Hochschulinformationsbüro Halle, Unimono, Sabine Wolff - Stadträtin



aktuelle Unterstützerliste und weitere Informationen unter: www.iz-halle.de

Kontakt und Meldung von weiteren Unterstützern an:

IZ Halle c/o Friedenskreis Halle e.V.; Große Klausstraße 11, 06108 Halle; Tel/Fax: 0345-279807-20 / -11

email: iz@friedenskreis-halle.de

Wir bitten um Spenden zur Unterstützung der Demonstrationen auf das Konto: 382300888;

Kontoinhaber: Friedenskreis Halle e.V., Saalesparkasse, BLZ 800 537 62, Verwendungszweck: 17.6.2009

2. Juni 2009 im "Krug zum Grünen Kranze"



Hier und in Europa

Vor ca. 400 Gästen sprachen Cornelia Ernst, Gregor Gysi, Lothar Bisky und Bodo Meierheim über linke Politik in Europa und in der Stadt Halle.

17.6.09 - Naziaufmarsch in Halle verhindern

DIE LINKE. Halle ruft gemeinsam mit vielen Bündnispartnern zu Gegenaktivitäten gegen den geplanten Naziaufmarsch am 17. Juni auf.

Wir wollen besonders die Mitglieder von IVVdN-BdA unterstützen. Deshalb sind alle Mitglieder der LINKEN aufgerufen, sich am 17.06.09 ab 20.30 Uhr an der (kurzen) Demonstration vom ComCenter zum Riebeckplatz (Kundgebungsort) zu beteiligen. Personelle Beteiligung am Infostand von IVVdN-BdA ist ebenfalls sehr willkommen. Bitte spricht das individuell ab.

Aus der Stadtratssitzung vom 27.05.2009

Auf der letzten Stadtratssitzung gab es noch einige wichtige Dinge zu entscheiden, deshalb war diese Sitzung auch eine der längsten in dieser Wahlperiode.

Ziemliche Debatten löste das Thema der geplanten Gebührenerhöhungen für die halleschen Kindertagesstätten aus! Vor einigen Wochen stand das Thema bereits schon einmal zur Debatte, wurde aber mehrheitlich abgelehnt, weil es keine Möglichkeiten für eine Geschwisterermäßigung gab. Nun stand die Vorlage erneut zur Abstimmung. Die Verwaltung argumentierte, dass die geplanten höheren Kitagebühren für den Ausgleich des desolaten Haushaltes der Stadt Halle notwendig seien. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wäre ebenfalls mit einer Haushaltssperre belegt. Unsere Fraktion stimmte, so wie bereits bei der ersten Abstimmung und auch in den jeweiligen Fachausschüssen, gegen die Vorlage. Der Antrag unserer Fraktion auf gestaffelte Gebühren nach Einkommen der Eltern wurde abgelehnt. Mit dieser Gebührenerhöhung wurden ca. 55.000 Mehreinnahmen erwartet. Eine Gebührenhöchstgrenze in Höhe von 260 Euro (die Vorlage umfasste ursprünglich 300 Euro) fand eine Mehrheit. Die Mehrausgaben für die Betreuung der Kinder liegt pro Kind bei ca. 10 bis 25 Euro. Der Passus, dass bei Änderung des Landesgesetzes zu den Kinderermäßigungen sofort gehandelt werden muss, wurde ebenfalls verabschiedet. (Zurzeit gibt das Landesgesetz eine Geschwisterermäßigung noch nicht her!)

Die Satzung der Schülerförderung einschließlich aller Anträge, wurde von der Verwaltung zurückgezogen. Es bedarf noch Absprachen mit dem Land...

Eine Änderung der Hauptsatzung und die Änderung der Zuständigkeit des Vergabeausschusses stand zur Abstimmung - und das in der letzten Stadtratssitzung!? Hindergrund ist, dass die Verwaltung bis zum Ende des Jahres 2010 Bauaufträge bis zu einer Million Euro und Architektenleistungen bis zu 100.000 Euro ohne Einbeziehung des Vergabeausschusses vergeben darf. Damit kann die Verwaltung Projekte, die über das Konjunkturprogramm II finanziert werden, schneller umsetzen. Der Antrag unserer Fraktion zu dieser Vorlage wurde angenommen, so konnten wir zustimmen.

Beschlossen wurde ebenfalls die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer. Unsere Fraktion stimmte dagegen.

Zu einer heftigen Debatte kam es beim Antrag „Änderung der Schreibweise der Katowicer Straße“. Die Schreibweise des Namens - jetzt: Katowicer Straße, sollte in die deutsche Schreibweise - Kattowitzer Straße - übernommen werden. Die Mehrheit unserer Fraktion hatte sich bereits im Vorfeld zur Fraktionssitzung darauf verständigt, nicht zuzustimmen, sich ggf. zu enthalten oder dagegen zu stimmen. Zur Stadtratssitzung meldete sich Uwe Heft zur Diskussion und überspann den Bogen, weil er der Verwaltung und allen, die zustimmen wollten, Revanchismus und Geschichtsklitterung vorwarf. Es kam zu Debatten und Forderungen, dass Uwe sich für sein überzogenes Verhalten entschuldigen sollte. Nach einer planmäßigen Pause gab Bodo Meerheim für die Fraktion eine Erklärung ab und entschuldigte sich für die Art und Weise der Äußerungen von Uwe Heft.

Der Umbenennung der Haltestelle „Röntgenstraße“ in „Krankenhaus

Martha Maria“ wurde ebenfalls zugestimmt.

Auch der öffentlichen Erschließung „Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost“ wurde mehrheitlich - bei unseren Enthaltungen - zugestimmt.

Auch dem Bebauungsplan Nr. 145 „Kaserne Lettin - Aufstellungsbeschluss“ konnten wir unsere Zustimmung geben. Das ehemalige Kasernengebiet soll einer neuen, zivilen Nutzung zugeführt werden, ggf. könnten Ein- und Zweifamilienhäuser dort entstehen?!

Der Antrag unserer Fraktion zur Strategie gegen Kinderarmut wurde mit einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

So wurde auch der Antrag unserer Fraktion für ein kostenloses Mittagessen in der Kita in den Jugendhilfe-, Bildungs- und Finanzausschuss verwiesen. Der neue Stadtrat hat gleich zu tun! Der Antrag unserer Fraktion zur Erstellung einer touristischen Radroute wurde in einer modifizierten Form angenommen. In der Antwort auf die Anfrage unserer Fraktion zu Steuerausfällen infolge der Wirtschaftskrise erhielten wir eine Antwort, in der es u. a. heißt, dass nennenswerte Steuerausfälle bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer noch nicht erkennbar sind. Zur Einkommenssteuer heißt es: „Für die Stadt Halle (Saale) ist somit im Haushaltsjahr 2009 bei einem erwarteten Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 39 Mio. EUR mit einer Mindereinnahme von 585 TEUR zu rechnen.“

Ute Haupt
Stadträtin

Für ein gerechtes und soziales Europa

DGB und DIE LINKE sind sich einig: Sozialer Fortschritt soll als Ziel der Europäischen Union festgeschrieben und das Recht auf gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort verwirklicht werden. Gemeinsam mit den Vorsitzenden von DGB und ver.di, Michael Sommer und Frank Bsirske, stellen die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, am 2. Juni in Berlin eine gemeinsame Erklärung vor.

Gemeinsame Erklärung des DGB und der Partei DIE LINKE

DIE LINKE und der DGB treten für ein gerechtes und soziales Europa ein.

Einige aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union erfüllen uns mit Sorge. Die sozialen Grundrechte sind gefährdet. Unter Verweis auf die Freiheit des Marktes werden zentrale Grundrechte wie das Streikrecht und die Tarifautonomie eingeschränkt. Ebenso wird das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Frage gestellt. Dies ist für uns inakzeptabel.

Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, ohne soziale Spaltung, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind. Wir stehen für die Gestaltung des Europäischen Sozialmodells nach sozialstaatlichen Grundsätzen.

1. Den sozialen Fortschritt als Ziel der Europäischen Union festschreiben

DIE LINKE und der DGB kritisieren die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) (Viking, Laval, Rüffert, Kommission ./ Luxemburg), da sie die Freiheit von Unternehmen über die sozialen Grundrechte stellen. Der EuGH schränkte das Streikrecht (Urteile „Viking“ und „Laval“) ein, erklärte die Anforderungen der Tariftreue bei öffentli-

chen Aufträgen für rechtswidrig („Rüffert“-Urteil) und setzte elementares Arbeitsrecht in Luxemburg außer Kraft. All diese Urteile beschränken die Rechte der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die in der Entsenderrichtlinie festgelegten Rechte.

DIE LINKE und der DGB wollen dagegen die sozialen und politischen Grundrechte gestärkt wissen. Um das Gleichgewicht zwischen Binnenmarktfreiheiten und sozialen Grundrechten wieder herzustellen, müssen die Europäischen Verträge durch eine soziale Fortschrittsklausel ergänzt werden. Damit soll der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten gewährt werden. Wirtschaftliche Freiheiten wie die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit dürfen keinen Vorrang vor sozialen Rechten und Prinzipien erhalten. Dies muss auch für die Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs sowie für die Wettbewerbsbestimmungen gelten. In den Verträgen muss auch verbindlich festgelegt werden, dass die EU nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist. Als Sofortmaßnahme fordern wir den Europäischen Rat auf, sich in einer Erklärung zum Sozialen Fortschritt und zum Vorrang der sozialen

Grundrechte zu bekennen.

2. Das Recht auf „Gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ verwirklichen

Für DIE LINKE und den DGB gehört „Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ zu den Grundprinzipien des sozialen Europas. Dieses Prinzip wurde durch die jüngste Auslegung der Entsenderrichtlinie als „Maximalrichtlinie“ in Frage gestellt. DIE LINKE und der DGB setzen sich für eine Revision bzw. Klarstellung der Entsenderrichtlinie ein mit dem Ziel, dass die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen entsandter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - bei Anwendung des Günstigkeitsprinzips - zweifelsfrei und umfassend dem Arbeits- und Tarifrecht am Leistungsort folgen. Den Mitgliedstaaten muss eindeutig ermöglicht werden, über Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen hinausgehende höhere Schutzstandards auf entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzuwenden. Den Mitgliedstaaten und Sozialpartnern muss es gestattet sein, Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage ihrer historisch gewachsenen

Tarifsysteme - auch durch Vergabe- bzw. Tariftreugesetze - verbindlich festzulegen, zu kontrollieren und durchzusetzen.

DIE LINKE und der DGB fordern den Rat der Beschäftigungs- und Sozialminister auf, eine Erklärung abzugeben, dass eine Auslegung der Entsenderichtlinie als „Maximalrichtlinie“ dem Willen des Gesetzgebers widerspricht und auch mit den sozialpolitischen Grundsatzbestimmungen des Art. 2 EGV (hohes Maß an sozialem Schutz) und des Artikel 136 EGV (Harmonisierung im Wege des Fortschritts) nicht vereinbar ist.

3. Gemeinsam für den sozialen Fortschritt - in Europa und in Deutschland

Die Garantie der sozialen Grundrechte ist nach Auffassung der LINKEN und des DGB die zentrale Aufgabe des EU-Parlaments in der kommenden Legislaturperiode auf dem Weg zu einem sozialen Europa. Zugleich ist sie der zentrale Maßstab, an dem sich die Kommission und jedes ihrer Mitglieder messen lassen müssen.

Die Abgeordneten der LINKEN im Europäischen Parlament werden der Wahl der neuen EU-Kommission und ihres Präsidenten nur zustimmen, wenn der Präsident und die neuen Kommissionsmitglieder sich für die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen und für eine Revision bzw. Klarstellung der Entsenderichtlinie aussprechen.

DIE LINKE wird sich als ersten Schritt auf nationaler und europäischer Ebene mit eigenen Initiativen dafür einsetzen, dass der Europäische Rat schnellstmöglich eine Erklärung zum sozialen Fortschritt

und zum Vorrang der sozialen Grundrechte auf den Weg bringt, zusammen mit allen wichtigen Akteuren.

Zur Unterstützung des sozialen Fortschritts in Europa wird DIE LINKE im Bund und in den Bundesländern ihre Politik für soziale Gerechtigkeit und starke Arbeitnehmerrechte fortsetzen. Die Verankerung der Tariftreue in Vergabegesetzen gehört ebenso dazu wie die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz und der gesetzli-

che Mindestlohn.

Der soziale Fortschritt in Europa ist eine dauerhafte Aufgabe. An ihrer Verwirklichung wollen DIE LINKE und der DGB arbeiten. Die LINKE wird dazu in den kommenden Monaten Vorschläge zur Verankerung der sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen sowie einer sozial fortschrittlichen Korrektur des Entsenderechts erarbeiten. Dafür braucht es politische Mehrheiten in Deutschland und der Europäischen Union. Hierfür werden sich DIE LINKE und der DGB stark machen.

Wolfgang Gehrcke, Jutta von Freyberg, Harri Grünberg

Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt.

Eine notwendige Debatte

PapyRossa Verlag Köln, 2009

ISBN: 978-3-89438-410-4

Preis 16,90 •

Die Autoren und die Autorin schreiben in der Einführung zu ihrem Buch über die Motive, dieses Buch zu schreiben:

Natürlich sind es vor allem politische Motive:

- der seit Jahrzehnten ungelöste Nahost-Konflikt, der immer wieder so unendlichen Schmerz auf beiden Seiten auslöst,

- die Ausweglosigkeit, in die sich beide Konfliktparteien unter internationaler Beteiligung immer tiefer hineinzumanövrieren scheinen,

- das Gefühl und Wissen, aufgrund persönlicher Biografie bzw. persönlich empfundener geschichtlicher Verantwortung mit dem Nahost-Konflikt verknüpft zu sein,

- unsere solidarische Verbundenheit mit politischen und persönli-

chen Freundinnen und Freunden in Israel und Palästina,

- die Konflikte und Streitigkeiten innerhalb der deutschen Linken, auch innerhalb der Partei DIE LINKE, die zum Teil auf unfruchtbare und verletzende Weise ausgetragen werden,

- unsere Kritik an der Politik der deutschen Regierungen, die ungeachtet aller ihrer Beteuerungen sich scheuen, eine echte Verantwortung für eine Friedenslösung zu übernehmen, und

- unser Wunsch, über die Grundsätze und Möglichkeiten einer Friedenslösung nachzudenken.

Hinzu kam das Bedürfnis, uns in vielen Fragen, die die Herausbildung und Geschichte des Nahost-Konfliktes betreffen, größere Klar-

heit zu verschaffen; es sind Fragen, die mit unserer politischen Sozialisation nach dem Ende des deutschen Faschismus und während des Kalten Krieges verbunden sind.

Wir haben unser politisches Interesse in einer „bleiernen Zeit“ entwickelt, als in der Bundesrepublik das Schweigen über den deutschen Faschismus Staatsdoktrin war, der Antisemitismus als Tabu unter der Oberfläche weiter schwelte und der offene Antikommunismus individuelle Emanzipation und linke Alternativen verteufelte. Der Kalte Krieg hat aber auch den Dogmatismus der kommunistischen Parteien und vieler linker Bewegungen, denen wir angehörten, konserviert. Es galt, auch hierauf einen geschärften Blick zu richten.

Wir wollten uns genauer ansehen, welche Haltung die Arbeiterbewegung, in deren Traditionen wir uns sehen, zum Antisemitismus in Theorie und Praxis eingenommen hat; ob und in welchem Umfang und zu welchen Zeiten Antisemitismus in den Arbeiterparteien selbst eine Rolle gespielt hat. Wir sind der Frage nachgegangen, wann und in welchem historischen Kontext der Zionismus entstanden ist und wie ihn die marxistischen Theoretiker gesehen haben. Welche Rolle hat der Holocaust für die Gründung des israelischen Staates gespielt? Welche Kräfte haben auf der internationalen Bühne mit welchen Interessen die Staatsgründung unterstützt? Wir haben die Funktionen des Antizionismus der sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien im Kalten Krieg und der Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus seit

der Adenauer-Regierung untersucht.

Wir haben festgestellt, dass die pauschale Ablehnung des Zionismus durch namhafte sozialdemokratische und kommunistische Theoretiker nicht gerechtfertigt war. Sie beruhte auf einem dogmatischen Verständnis der nationalen Frage, das durch die reale Entwicklung widerlegt wurde. Unsere Kritik richtet sich an die konkrete Politik, wie sie vom Mehrheitsflügel der zionistischen Bewegung bei der Erschaffung des Staates Israel gegenüber den Palästinensern angewandt wurde.

Wir kommen zu dem Ergebnis: Israel ist eine historische Notwendigkeit für das jüdische Volk, aber die seit den fünfziger Jahren durch die Gruppe um Ben-Gurion durchgesetzte „aktivistische“ Politik war primär nicht auf die Sicherung des Staates Israel ausgerichtet. Sie wollte Israel als regionale Hegemonialmacht etablieren, die den Nachbarn die Bedingungen zu diktieren vermag. Wir dokumentieren diese Entwicklung anhand der Auseinandersetzung zwischen dem frühen israelischen Außenminister Moshe Sharett und David Ben-Gurion. Sharett wollte eine andere Entwicklung für Isra-

el; er wollte, dass Israel sich in die Region integriert und - nach 1948 - einen Ausgleich mit den arabischen Nachbarn sucht und mit ihnen Frieden schließt.

Wichtig war uns auch zu versuchen, auf die vielen strittigen Fragen und Polemiken innerhalb der deutschen Linken, die die Begriffe der politisch-ökonomischen Analyse des Imperialismus und den Nahost-Konflikt betreffen, sachliche Antworten zu geben. Wir wollen, dass die Auseinandersetzungen und der Meinungsstreit um das Thema Israel und Palästina von Unterstellungen und Vorurteilen befreit werden, dass Kenntnis und Erkenntnis an die Stelle von Be-

